

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMTA-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 602.544/9-V/4/87

An das

Präsidium des Nationalrates

1017 W i e n

Datum: 14. OKT. 1987

Verteilt 14.10.1987 *Hick*

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Bernegger

2426

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das FAG 1985
und andere Gesetze geändert werden

Als Anlage übermittelt der Verfassungsdienst 25 Ausfertigungen
seiner Stellungnahme zu dem im Gegenstand genannten
Gesetzentwurf.

Anlage

12. Oktober 1987
Für den Bundesminister für
Gesundheit und öffentlicher Dienst:
HOLZINGER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Guad



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 602.544/9-V/4/87

An das

Bundesministerium für Finanzen

Himmelpfortgasse
1015 W i e n

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Bernegger

2426

61 2102/24-II/11/87
25. September 1987

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das FAG 1985
und andere Gesetze geändert werden

Zu dem mit der oz. Note übermittelten Gesetzentwurf in seiner
"vorläufigen Neufassung" (Stand 9. Oktober 1987) nimmt der
Verfassungsdienst wie folgt Stellung:

Zum Titel

Das Bundesgesetz BGBl. Nr. 443/1972 wäre ohne Datum und BGBl.
Nr., aber mit seinem vollem Titel zu zitieren (vgl. Punkt 74
der Legistischen Richtlinien 1979).

Zu Abschnitt I (Finanzausgleichsgesetz 1985)

Zu Art. I:

Im Einleitungssatz wäre nach dem Zitat BGBl. Nr. 384/1986 "und
der Kundmachung, BGBl. Nr. 501/1985, ..." einzufügen.

- 2 -

Zu Art. I Z 1 (§ 6 Z 5):

Diese Verwendungsregelung für Teile der Körperschaftssteuer und des Wohnbauförderungsbeitrages sollte in einem eigenen Abs. 2 - entsprechend der Regelung für gemeinschaftliche Bundesabgaben in § 7 - erfolgen. Andernfalls müßte jedenfalls im Rahmen der Novellierungsanordnung auch der Punkt am Ende der Z 4 durch einen Strichpunkt ersetzt werden.

Zu Art. I Z 8 (§ 22a):

Im Hinblick auf die vorliegende "vorläufige Neufassung" des Gesetzentwurfes erübrigt es sich, auf die gegen die ursprünglich vorgesehenen Abs. 4 und 5 des § 22a bestehenden Bedenken einzugehen.

Zu Art. II:

Aus grundsätzlichen, rechtstechnischen und -politischen Erwägungen ist es abzulehnen, daß in ein zeitlich befristetes Gesetz wie das FAG 1985 zeitlich unbefristete Bestimmungen aufgenommen werden sollen. Der offenkundig zugrundeliegenden Absicht, die unbefristete Geltung vergleichbarer Bestimmungen des derzeit geltenden Bundesgesetzes über die Zuweisung von Anteilen an der Einkommensteuer und Körperschaftssteuer für Zwecke der Wohnbauförderung und des Familienlastenausgleiches, BGBl. Nr. 443/1972, beizubehalten, sollte daher dadurch Rechnung getragen werden, daß die in Rede stehenden Bestimmungen des FAG 1985 in das jeweils nächste, neue Finanzausgleichsgesetz aufgenommen werden. Falls dies aus Gründen, die der Verfassungsdienst nicht zu beurteilen vermag, nicht zweckmäßig sein sollte, wäre die unbefristete Geltung der in Rede stehenden Bestimmungen aber jedenfalls im Rahmen eines eigenen Artikels zu normieren.

- 3 -

Zu Abschnitt II (Katastrophenfondsgesetz 1986)Zu Z 1 (§ 7 Abs. 2):

Diese Regelung sollte wohl systematisch richtig in § 3 des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfondsgesetzes und daher im Rahmen des Abschnittes IV des Gesetzentwurfes erfolgen.

Zu Abschnitt III (Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987)

Im Hinblick auf die vorliegende "vorläufige Neufassung" des Gesetzentwurfes erübrigt es sich, auf die gegen den ursprünglich in Z 2 vorgesehenen § 6a Abs. 5 bestehenden Bedenken einzugehen.

Zu Art. II:

Der Verfassungsdienst ist der Meinung, daß die in den Erläuterungen beschriebene Notwendigkeit einer "gesetzlichen Verhandlungsvollmacht" mit gutem Grund bestritten werden könnte, erhebt jedoch gegen die vorliegende Entwurfsbestimmung keinen Einwand.

Zu Abschnitt IV (Umwelt- und Wasserwirtschaftsfondsgesetz)

Im Hinblick auf die vorliegende "vorläufige Neufassung" des Gesetzentwurfes erübrigt es sich, auf die gegen den ursprünglich in Z 4 vorgesehenen § 3 bestehenden Bedenken einzugehen.

Zu Abschnitt V (Wohnbauförderungsgesetz 1984)

Auch der Entwurf des 3. Abgabenänderungsgesetzes enthält eine Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes. Die Novellierung dieses Gesetzes sollte daher hier oder dort unter einem erfolgen.

§ 10 Abs. 5 WFG 1984 sollte von der Aufhebung ausgenommen werden.

- 4 -

In der Novellierungsanordnung hätte es richtig "... BGBl. Nr. 482, in der Fassung des Bundesgesetzes ..." zu heißen.

Die Bezeichnung "Artikel I" sollte entfallen.

Zu Abschnitt VI (Wohnhaussanierungsgesetz)

Hier gilt einerseits das im ersten Absatz zu Abschnitt V Gesagte. Andererseits hätte es auch hier in der Novellierungsanordnung "...in der Fassung des Bundesgesetzes ..." zu heißen.

Zu Abschnitt VII (Kapitalversicherungs-Förderungsgesetz)

In der Novellierungsanordnung hätte es richtig "...in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 255/1984 und 312/1987 ..." zu heißen.

Zu Z 1 (§ 2 Abs. 5):

Unter Hinweis auf das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 7. März 1987, G 15/86-6, besteht gegen die hier vorgesehene "Anknüpfung an eine Tatsache des Wirtschaftslebens" an sich kein Einwand. Jedenfalls entfallen und durch einen entsprechenden Hinweis in den Erläuterungen ersetzt werden sollte jedoch der verfassungsrechtlich bedenkliche Verweis auf weder im BGBl. noch in einem vergleichbaren Kundmachungsorgan verlaubliche Normen. Daher sollten die Worte "gemäß Tabelle 2.33 der Mitteilungen des Direktoriums" gestrichen werden.

Zu Art. II:

Aus Gründen der Rechtssicherheit und -klarheit sollte § 4 Abs. 3 hier jedenfalls genau zitiert werden ("... gemäß § 4 Abs. 3 des Kapitalversicherungs-Förderungsgesetzes, BGBl. Nr. 163/1982, ...").

- 5 -

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

12. Oktober 1987
Für den Bundesminister für
Gesundheit und öffentlicher Dienst:
HOLZINGER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Quad